

Hinweisblatt

zum Antrag auf Gewährung einer besonderen Zuwendung nach § 17a Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz (StrRehaG)

1. Allgemeines

Eine monatliche besondere Zuwendung in Höhe von 300 € nach § 17 a Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz erhalten auf Antrag Personen,

- a) die eine rechtsstaatswidrige Freiheitsentziehung **von insgesamt mindestens 180 Tagen** erlitten haben und
- b) bei denen **keine Ausschließungsgründe vorliegen** (Verstoß gegen die Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit, Stellung im schwerwiegendem Maße zum eigenen Vorteil oder zum Nachteil anderer missbraucht, im Beitrittsgebiet dem damaligen System erheblichen Vorschub geleistet haben sowie rechtskräftige Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe von mindestens drei Jahren wegen einer vorsätzlichen Straftat, sofern die Entscheidung in einer Auskunft aus dem Zentralregister enthalten ist) und
- c) die in ihrer **wirtschaftlichen Lage besonders beeinträchtigt** sind.

Eine mit wesentlichen Grundsätzen einer freiheitlichen rechtsstaatlichen Ordnung unvereinbare Freiheitsentziehung ist mit dem Rehabilitierungsbeschluss (oder dem Kassationsbeschluss) bzw. mit einer Bescheinigung nach § 10 Abs. 4 Haftlingshilfegesetz nachzuweisen.

Die Freiheitsentziehung muss insgesamt mindestens 180 Tage betragen. Liegen für mehrere Zeiten der Freiheitsentziehung Rehabilitierungen oder eine Bescheinigung nach § 10 Abs. 4 HHG vor, werden die Zeiten zusammengerechnet.

Eine weitere Voraussetzung ist, dass der/die Berechtigte in seiner/ihrer wirtschaftlichen Lage besonders beeinträchtigt ist. Dies ist der Fall, wenn das Einkommen des/der Berechtigten die nachfolgenden Einkommensgrenzen nicht übersteigt.

Die Einkommensgrenze richtet sich nach dem Eckregelsatz gemäß § 28 Abs. 2 in Verbindung mit § 40 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch und beläuft sich derzeit (416 € Stand 01.01.2018) auf

1. 1248 € bei alleinstehenden Berechtigten (Dreifache des Eckregelsatzes),
2. 1664 € bei verheirateten oder in Lebenspartnerschaft lebenden Berechtigten sowie in eheähnlicher oder in lebenspartnerschaftsähnlicher Gemeinschaft lebenden Berechtigten (Vierfache des Eckregelsatzes).

Für Jedes Kind, für das der Berechtigte einen gesetzlichen Kindergeldanspruch hat, wird die Einkommensgrenze um den oben genannten Eckregelsatz erhöht.

Ergibt sich, dass das zu berücksichtigende Einkommen die maßgebliche Einkommensgrenze um einen Betrag übersteigt, der geringer ist als der Betrag der besonderen Zuwendung für Haftopfer, erhält der Berechtigte die besondere Zuwendung in Höhe des auf volle Euro aufgerundeten Differenzbetrages.

Beispiel zur Differenzberechnung:

Nettoeinkommen eines Alleinstehenden	1.348 €
Dreifacher Eckregelsatz	<u>1.248 €</u>
Übersteigender Betrag	100 €
Besondere Zuwendung	300 €
abzüglich	<u>100 €</u>
Auszahlungsbetrag:	200 €

Die besondere Zuwendung für Haftopfer wird monatlich im Voraus gezahlt, beginnend mit dem auf die Antragstellung folgenden Monat.

Änderungen des Einkommens sind von Berechtigten unverzüglich der zuständigen Behörde mitzuteilen.

Auch wenn alle anderen Voraussetzungen vorliegen wird eine besondere Zuwendung nicht gewährt, wenn Ausschließungsgründe nach § 16 Abs. 2, § 17a Abs. 7 StrRehaG oder § 2 Abs. 1 Nr. 1 u. 2 HHG (siehe oben) vorliegen.

2. Hinweise zum Antragsvordruck

Nummer 1 – Angaben zur Person (1.1 – 1.10)

Machen Sie unter diesem Punkt bitte die Angaben zu ihrer Person.

Hinweis zum Familienstand:

Eine Lebenspartnerschaft liegt zwischen gleichgeschlechtlichen, eingetragenen Partnern im Sinne des Lebenspartnerschaftsgesetzes vor.

Eine eheähnliche Gemeinschaft liegt vor, wenn zwischen den Partnern so enge Bindungen bestehen, dass von ihnen ein gegenseitiges Einstehen in den Not- und Wechselfällen des Lebens erwartet werden kann (Verantwortungs- und Einstehensgemeinschaft). Kriterien für eine eheähnliche Gemeinschaft sind

- eine auf Dauer angelegte Lebensgemeinschaft,
- das Zusammenleben mit gemeinsamen Kindern,
- die Versorgung von Kindern und Angehörigen im gemeinsamen Haushalt,
- die Befugnis, über Einkommen und Vermögensgegenstände des anderen Partners zu verfügen.

Nummer 2 – Zeiten der Freiheitsentziehung / Rehabilitierung / Anerkennung als ehemaliger politischer Häftling
 Bitte geben Sie hier alle rechtstaatswidrigen Zeiten der Freiheitsentziehung an, für die ein Rehabilitierungsbeschluss nach dem StrRehaG oder eine Bescheinigung nach § 10 Abs. 4 HHG vorliegt und **fügen Sie diese dem Antrag bei**. Die Rehabilitierungen bzw. die Bescheinigung nach § 10 Abs. 4 HHG ist der Nachweis für die rechtstaatswidrige Inhaftierung und die darin angeführten Haftzeiten sind Grundlage für die Berechnung, ob die Mindesthaftzeit von 180 Tagen vorliegt.

Nummer 3 – Abschluss doppelter Leistungsgewährung (3.1)
 Die Opferpension kann nur von einer Stelle/Behörde gewährt werden. Auch stehen Berechtigten mit einer zu berücksichtigenden Haftzeit von mindestens 180 Tagen keine Unterstützungsleistungen nach § 18 HHG über die Stiftung für ehemalige politische Häftlinge zu.

Nummer 4 – Einkommen
 Informationen zum Einkommen finden Sie in den nachfolgenden Hinweisen zur Erklärung über die wirtschaftlichen Verhältnisse.

Nummer 5 – Bankverbindung (5.1)
 Geben Sie hier bitte Ihre Bankverbindung an. Eine Barauszahlung der monatlichen besonderen Zuwendung kann nicht erfolgen.

Nummer 6 – beizufügende Unterlagen (6.1 – 6.2)
 Bitte fügen Sie die unter Nummer 6 angeführten Unterlagen bei.

Nummer 7 – Erklärung / Unterschrift
 Bitte lesen Sie sich die Erklärung aufmerksam durch und unterschreiben Sie den Antrag. Prüfen Sie bitte, ob Sie den Antrag vollständig ausgefüllt haben.

3. Hinweise zur Erklärung über die wirtschaftlichen Verhältnisse

Die besondere Zuwendung für Haftopfer ist abhängig von der Art und der Höhe des Einkommens. Die Grundlage für die Einkommensermittlung stellt der Begriff des Einkommens aus der Sozialhilfe (§ 82 SGB XII) dar. Zum Einkommen gehören alle Einkünfte in Geld oder Geldeswert. Zur Berechnung der Einkünfte in Geld oder Geldeswert sind alle Einnahmen ohne Rücksicht auf ihre Herkunft und Rechtsnatur sowie ohne Rücksicht darauf, ob sie zu den Einkommensarten im Sinne des Einkommensteuergesetzes gehören oder ob sie der Steuerpflicht unterliegen, anzugeben. Dies gilt ebenso für Renten und vergleichbare Leistungen, auch wenn diese bei der Berechnung der Einkommensgrenze außer Betracht bleiben.

Der Erklärung über die wirtschaftlichen Verhältnisse können Sie die einzelnen Einkunftsarten entnehmen.

- Bitte beantworten Sie alle Fragen.
- Bitte geben Sie im alle vorhandenen Einkunftsarten an.
- Teilen Sie uns dabei bitte die jeweiligen Bruttoeinkünfte mit.
- Geben Sie nur Ihre Einkünfte an. Die Einkünfte des Partners werden nicht berücksichtigt. Erzielen Sie jedoch gemeinsame Einkünfte (z. B. Zinsen aus dem gemeinsamen Sparbuch, Einkünfte aus dem gemeinsamen Mietshaus) müssen auch diese angegeben werden. Teilt sich das Eigentum, aus dem die Einkünfte erzielt werden nicht hälftig auf, bitte die Eigentumsverhältnisse angeben und nachweisen (z. B. Mietshaus gehört zu 70 % dem Antragsteller und zu 30 % dem Partner). Wir berücksichtigen in diesen Fällen aber nur Ihren Anteil.
- Von Ihrem Einkommen ziehen wir aufgrund entsprechender Angaben (Nachweise) ab,
 1. auf das Einkommen zu entrichtende Steuern
 2. Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung einschließlich der Beiträge zur Arbeitsförderung
 3. angemessene Beiträge zur betrieblichen Altersvorsorge
 4. Beiträge zu öffentlichen oder privaten Versicherungen oder ähnlichen Einrichtungen, soweit diese gesetzlich vorgeschrieben oder nach Grund und Höhe angemessen sind
 5. die mit der Erzielung des Einkommens verbundenen notwendigen Ausgaben (Fahrkosten, Arbeitsmittel).

Soweit ein spezielles Einkommen im Vordruck nicht aufgeführt sein sollte, ist dieses Einkommen in Nummer 8 der Erklärung über die wirtschaftlichen Verhältnisse aufzuführen.

Bitte überprüfen Sie nach dem Ausfüllen, dass Sie im Antragsformular und in der Erklärung über die wirtschaftlichen Verhältnisse alle Fragen vollständig beantwortet und die Formulare unterschrieben haben.

Wir weisen Sie darauf hin, dass Sie nach § 17 a Abs. 4 Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz verpflichtet sind, Änderungen des Einkommens unverzüglich mitzuteilen. Dies betrifft auch Änderungen des Familienstandes.

Senden Sie den Antrag zurück an:
 Landratsamt Ostalbkreis
 - Integration und Versorgung -
 Stuttgarter Str. 41
 73430 Aalen